

## ► Allgemeines

**Österreich ist Spitzenreiter im Bereich des ehrenamtlichen Engagements.** In Österreich, den Niederlanden und in Schweden gibt es nach einer Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission die meisten Engagierten. Dort leisten jeweils 60, 55 und 53 % der Einwohnerinnen und Einwohner ehrenamtliche Arbeit. Aber auch die Deutschen gehören mit 52 % zur Engagement-Spitzengruppe. Portugal, Litauen und Bulgarien sind nach der Untersuchung die Länder mit dem geringsten Engagement. Insgesamt leisten drei von zehn Europäern ehrenamtliche Arbeit. Diese Zahlen basieren auf einer Befragung von fast 27 000 Bürgerinnen und Bürgern in den 25 Mitgliedstaaten und den damaligen Anwärterländern Bulgarien und Rumänien im Dezember 2006. *Quelle: Newsletter 8/2007 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement*

## **Politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.**

Nach Ansicht von Sozialministerin Malu Dreyer (Rheinland-Pfalz) müssen Migrantinnen und Migranten noch besser an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen partizipieren können. Um ihre Teilhabe weiter zu stärken, will die Ministerin die Unterstützung von Migrantinnenorganisationen weiter ausbauen und die Reform der kommunalen Ausländerbeiräte vorantreiben. Bisher wird zu wenig erkannt, dass diese Bevölkerungsgruppen mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen wichtige Rat- und Impulsgeber sind. In Rheinland-Pfalz hält die Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration regelmäßig Kontakt mit über 300 Vereinen, Organisationen, Projekten und Multiplikatoren und unterstützt diese ideell und finanziell. Darüber hinaus sollen die kommunalen Ausländerbeiräte zu Beiräten für Migration und Integration weiterentwickelt werden. Wichtige Impulse für die stärkere Einbindung, insbesondere in das kommunale Geschehen, aber auch in den Bereich Bildung, verspricht sich die Ministerin von dem kürzlich abgeschlossenen Forschungsprojekt des Arbeitsbereiches Interkulturelle Bildung der Universität Koblenz-Landau, das die Bedingungen, Chancen und Hindernisse von Teilhabe untersucht hat. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen von Rheinland-Pfalz 038-1/2007*

**Zeitarbeit.** Der Konjunkturaufschwung im Jahr 2006 hat zu einem neuen Boom in der Zeitarbeit geführt. Am Stichtag 30. Juni 2006 waren nach Daten der Bundesagentur für Arbeit 598 284 Menschen (+ 32 %) gegenüber dem Vorjahr nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz beschäftigt. Davon waren 516 056 Mitarbeitende bei Unternehmen tätig, deren Betriebszweck ausschließlich oder überwiegend Zeitarbeit ist. Das sind 130 703 Mitarbeitende mehr als im Vorjahr (+ 34 %). Man führt dieses Wachstum einerseits auf den gestiegenen Bedarf der deutschen Wirtschaft an Flexibilität zurück, andererseits auf den

konjunkturell bedingt steigenden Arbeitskräftebedarf der Betriebe, die ihren Mehrbedarf zunächst über Zeitarbeit decken. Man stellt jetzt die Tendenz fest, dass wieder zunehmend auf Zeit Beschäftigte von Einsatzbetrieben übernommen werden. Die Rate der vormals Erwerbslosen bei den Neueinstellungen für Zeitarbeit beträgt, wie schon seit einigen Jahren, knapp 70 %. Dabei ist der Anteil der über ein Jahr Arbeitsuchenden von 11,4 (Stichtag 30.6.2005) auf 14,2 % gestiegen. Damit hat die Zeitarbeit im vergangenen Jahr auch zunehmend zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit beigetragen und ist somit ein wesentlicher Integrationsfaktor auf dem deutschen Arbeitsmarkt. *Quelle: DHV – Deutsche Angestellten Zeitung 2/2007*

**Berlin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – Für eine Stadt der Vielfalt.** Darstellung der Berliner Projekte des Landesprogramms September 2006. Hrsg. Der Beauftragte für Integration und Migration. Selbstverlag. Berlin 2006, 47 S., kostenfrei  
\*DZI-D-7969\*

Die Berliner Politik wendet sich auf vielfältige Weise gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Gleichwohl kommt es zu rechtsextremen Übergriffen, zu Gewalt – besonders gegenüber Menschen dunkler Hautfarbe – und zu Anfeindungen. Neben polizeilichen Maßnahmen gegen rechtsextreme Kader, Kameradschaften und gegen die rechtsextreme Musikszene kommt der präventiven Arbeit außerhalb des polizeilichen Handelns große Bedeutung zu, zum Beispiel durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Dessen zentrale Handlungsfelder sind die Stärkung mobiler Beratung und Netzwerke, kommunaler Integration und Nachbarschaften, Opferberatung sowie Dokumentation und Recherche. In dieser Broschüre werden vier geförderte Projekte vorgestellt, die bis zum Jahr 2006 aus dem Bundesprogramm CIVITAS und vom Land Berlin finanziert wurden. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 63, Fax 030/262 54 07, E-Mail: integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

## ► Soziales

**Leistungen aus der Pflegekasse.** Unter Hinweis auf das Europäische Gemeinschaftsrecht hat das Sozialgericht Frankfurt am Main einem Portugiesen Leistungen aus der deutschen Pflegeversicherung zugesprochen. Der Mann hatte, als er noch in Deutschland lebte, neben seiner Rente Pflegegeld aus der gesetzlichen Pflegekasse bezogen. Diese wollte nicht weiterzahlen, als der Mann dauerhaft in seine Heimat zurückkehrte. In Portugal gibt es nach Feststellung des Gerichts keine Pflegekasse. Dem Kläger stünden dennoch Leistungen aus der deutschen Pflegekasse zu, bei der er – weiterhin freiwillig – zu versichern sei (Az.: AZ S 9 P 40/069). *Quelle: VdK Zeitung 4.2007*

**Hilfe per „Restcent“.** Eine gute Idee ist die Aktion „Restcent“ des Medizinischen Zentrums Kreis Aachen (MZ). Freiwillig verzichten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Jahren auf die Cents, die hinter dem Komma auf ihrer Gehaltsabrechnung stehen – für einen guten Zweck. Die gesammelten Beträge kommen Hilfsorganisationen oder Hinterbliebenen verstorbener MZ-Beschäftigter zugute.

1 200 Beschäftigte beteiligen sich inzwischen an der Aktion. Gependet wurden in der Vergangenheit zum Beispiel jeweils 1 000 Euro für den „Deutsch-Vietnamesischen Freundeskreis“ und die Organisation „Biotop. e.V.“. Für ebenfalls 1 000 Euro wurden Medikamente für ein MS-krankes Kind in Marokko gekauft. Die Aktion wurde vor mittlerweile elf Jahren von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat des Hauses ins Leben gerufen. *Quelle: tag – Zeitschrift der Knappschaft 2/2007*

**Eingliederung behinderter Menschen.** Ein neu geschaffener Bildungsgang zur Informations- und Telekommunikationstechnik bietet jetzt Chancen im Büro für Menschen mit Behinderung. Der Lehrgang, den die Josefs-Gesellschaft im Vinzenz-Heim Aachen realisiert, hat landesweiten Modellcharakter. Im Laufe eines Schuljahres bildet das Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung junge Menschen mit Behinderung in den Grundlagen der Informations- und Telekommunikationstechnik aus. Dies soll die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich neue berufliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erschließen. In Büros kommen Menschen mit Behinderung oft nur in den Bereichen Sekretariat und Verwaltung unter. Weitere Informationen unter [www.berufskolleg-vh.de](http://www.berufskolleg-vh.de) *Quelle: caritas in NRW 2/2007*

**Konfirmationsfreude auch für Hartz IV-Beziehende.** „Wir gehen davon aus, dass die Geschenke zu diesem wichtigen Fest für die Heranwachsenden nicht angerechnet werden.“ Der Landespfarrer für Diakonie in Kurhessen-Waldeck, Eberhard Schwarz, bedauert, dass diese Diskussion bei Familien, die von Arbeitslosengeld II betroffen sind, Unsicherheit ausgelöst habe. Wie die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg mitteilte, werden Geldgeschenke in der Regel nicht beim Anspruch auf Sozialgeld angerechnet. „Eine Anrechnung auf den Arbeitslosengeld II-Anspruch ist sogar gänzlich unzulässig, weil Einkommen und Vermögen von Kindern nur bei deren eigenem Anspruch berücksichtigt werden“, so die Bundesagentur. Nach der derzeitigen Rechtslage müsse allerdings über die Gaben zur Konfirmation im Einzelfall entschieden werden. Denn hierbei handele es sich um einmalige Einnahmen. Weitere Informationen über Konfirmation und Hartz IV stehen im Merkblatt der Diakonie Rotenburg/Wümme: <http://www.evлка.de/internerservice/intern/getBin.php3?id=897>.

**Mitglied trotz Geschäftsunfähigkeit?** „Die Mitarbeit von Menschen mit geistiger Behinderung in den Lebenshilfe-Vereinbarungen muss Selbstverständlichkeit werden“. So steht es im Grundsatzprogramm der Lebenshilfe. Gelegentlich werden gegen eine Mitgliedschaft behinderter Menschen rechtliche Bedenken geltend gemacht. Diese beruhen oft auf der Fehlannahme, jemand sei geschäftsunfähig, wenn er oder sie geistig behindert sei und deswegen unter gesetzlicher Betreuung stehe. Grundsätzlich gilt jeder erwachsene Mensch als geschäftsfähig, es sei denn ein Gericht stellt im Einzelfall fest, dass er – aus welchen Gründen auch immer – dauerhaft keine freien Entscheidungen aufgrund einer Abwägung von Für und Wider treffen kann. Eine bloße Willensschwäche oder leichte Beeinflussbarkeit genügen dafür ebenso wenig wie das Unvermögen, die Tragweite einer abgegebenen Willenserklärung zu erfassen. Also können nur Menschen, deren Geschäftsunfähigkeit festgestellt ist und die keine gesetz-

liche Betreuung haben, nicht Mitglied in der Lebenshilfe werden. Die Beteiligung behinderter Menschen zu fördern statt juristische Zweifel in den Vordergrund zu rücken, fordert der Leiter der Rechtsabteilung in der Bundesgeschäftsstelle der Lebenshilfe. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 1/2007*

**Nationaler Integrationsplan in Spanien.** Der spanische Minister für Arbeit und Soziales und die Staatssekretärin für Migration haben das Inkrafttreten des Nationalen Integrationsplans angekündigt. Dieser sieht für den Zeitraum von 2007 bis 2010 Ausgaben in Höhe von 2 Mill. Euro vor und ist mit Regionalregierungen, Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Selbsthilfeorganisationen beraten worden. 42% des Gesamtvolumens sollen in Bildungsmaßnahmen derjenigen Regionen investiert werden, die eine besondere Ausländerdichte aufweisen. Der Minister begründet dies damit, dass die Zuwanderung Unzulänglichkeiten des Sozialsystems zutage gebracht habe, etwa im Bereich des Wohnungsbaus, der schulischen Ausbildung sowie des Gesundheitswesens. Der Nationale Integrationsplan ist in zwölf Ziele untergliedert, die den Zweck haben, die öffentlichen Dienstleistungen zu stärken, die Bereiche, in denen ein größerer Bedarf festgestellt wird, zu fördern, die interkulturelle Ausbildung von Fachkräften zu verbessern, das Bewusstsein der Gesamtheit der Bevölkerung zu schärfen, good practices zu vermitteln und die Nichtregierungsorganisationen im Ausbau ihrer operativen Kapazitäten zu unterstützen. *Quelle: Aktuelle Nachrichten aus Spanien 4/2007*

**Beratungsnetzwerke „Barrierefreies Wohnen“ in Rheinland-Pfalz.** Wohnberatung für barrierefreie Gestaltung und Unterstützung bei der Wohnraumanpassung wird in diesem Bundesland bereits vielfach angeboten, ist jedoch noch nicht genügend bekannt. Notwendig wird daher eine Vernetzung der vorhandenen Beratungsanbietenden mit einem flächendeckenden regionalen Angebot in den Kommunen. Partner sind die 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen, die „Landesberatungsstelle Barrierefrei Bauen und Wohnen“ in Zusammenarbeit mit der Architektenkammer, die regionalen Beratungsstellen des Sozialverbandes VdK, der Sozialverband Deutschland, Handwerkskammern und Seniorenbeiräte der jeweiligen Kommunen, deren Behindertenbeauftragte sowie verschiedene Selbsthilfeorganisationen vor Ort. Im Jahr 2006 wurde im Sozialministerium ein Arbeitskreis eingerichtet. Dort tauschten die verschiedenen Beratungsstellen ihre Erfahrungen aus, arbeiteten an Verbesserungsmöglichkeiten und überlegten gemeinsam Wege für regionale Netzwerkstrukturen. Informationen zur barrierefreien Wohnraumgestaltung und Kontaktadressen gibt es auf der Webseite des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz unter [www.masgff.rlp.de/wohnberatung](http://www.masgff.rlp.de/wohnberatung).

## ► Gesundheit

**Welt-Tuberkulose-Tag.** Mit den gängigen Tests und Medikamenten lassen sich die zunehmenden Fälle der oft tödlich verlaufenden multi-extremresistenten Tuberkulose (MDR-TB und XDR-TB) nicht bekämpfen. Zu diesem Ergebnis kommt, „Ärzte ohne Grenzen“ nach mehrjährigen Behandlungsprogrammen in verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas. Anlässlich des Welt-Tuberkulose-Tages am 24. März 2007 forderte die Hilfsorganisation größere An-

strenungen zur Forschung und Entwicklung neuer Diagnostika und Medikamente. Jährlich gibt es nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 420 000 neue Fälle von MDR-TB. „Ärzte ohne Grenzen“ hat seit 1999 insgesamt 570 Patientinnen und Patienten mit dieser gegen die gängigen Tuberkulosemedikamente resistenten Form der Krankheit in Armenien, Abchasien, Georgien, Kambodscha, Kenia, Thailand, Uganda und Usbekistan behandelt. Nur 55 % der Behandelten haben die 18- bis 24-monatige Therapie erfolgreich abgeschlossen, die anderen Menschen sind an den Folgen der Krankheit gestorben, oder deren Behandlung wurde wegen starker körperlicher und psychischer Nebenwirkungen abgebrochen. Eine große Verantwortung bei der Erforschung dieser Krankheit sieht „Ärzte ohne Grenzen“ auch für Deutschland, denn hier gibt es große Kapazitäten, hervorragende Pharmaforschung durchzuführen. Dennoch stammt nur ein verschwindend kleiner Teil der Mittel für diese Forschung aus Deutschland. *Quelle: Pressemitteilung von „Ärzte ohne Grenzen“ 12/2007*

**Kriseninterventionsteam in Frankfurt am Main etabliert.** Auf Initiative der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt, in enger Kooperation mit der Berufsfeuerwehr Frankfurt, hat das Auswärtige Amt vor kurzem ein Kriseninterventionsteam (KIT) in Frankfurt etabliert. Das KIT-Team von Notärzten, Rettungsassistenten, Feuerwehrleuten und psychosozialen Unterstützungskräften ist in drei bis vier Stunden bei überregionalen Schadens- und Krisenfällen einsatzbereit. Es ermöglicht schnelle medizinische Hilfe für deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger im Ausland, die Rückholung für im Ausland Erkrankte und Verletzte sowie medizinische, technische und logistische Unterstützung von örtlichen Behörden und Botschaften. *Quelle: inForm 1.2007*

**Metamorphose.** Pflege und Rehabilitation von Menschen mit schwersten Schädel-Hirnverletzungen. Hrsg. Gerhard Scharbert und andere. Selbstverlag von LIS e.V. Berlin 2006, 78 S., EUR 5,- \*DZI-D-7877\* Dieser Band der Veröffentlichungsreihe von Lockend-in-Syndrom (LIS) e.V. enthält anlässlich einer Tagung im Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge die dort gehaltenen Vorträge zum Thema „Pflege und Rehabilitation von Menschen mit schwersten Schädel-Hirnverletzungen. Ansätze der avancierten neurologischen Rehabilitation sowie die schon länger bewährten Therapieansätze wurden hier behandelt. Der Band enthält auch einen Überblick über das durch den Verein LIS e.V. initiierte Projekt der Mobilisationsassistenz; dies ist ein neuer Ansatz in der Behandlung von neurologisch schwer erkrankten Menschen, der das Schwergewicht auf möglichst frühe, intensive und lang andauernde Rehabilitation und Therapie legt. Bestellanschrift: LIS e.V., Geschäftsstelle im Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge, Herzbergstraße 79, Haus 30, 10365 Berlin, Tel./Fax: 030/34 39 89-75 E-Mail: pantkeli@arcor.de

**Gesundheitsausgaben im Jahr 2005 um 2,4 % gestiegen.** Im Jahr 2005 beliefen sich die Ausgaben für Gesundheit auf insgesamt 239,5 Mill. Euro oder 10,7 % des Bruttoinlandsproduktes. Dies war im Vergleich zum Jahr 2004 ein Plus von 5,6 Mill. Euro oder 2,4 %, nachdem die Gesundheitsausgaben im Jahr 2004 nahezu stagnierten. Die

Ausgaben je Einwohner lagen bei 2 900 Euro (2004: 2 830 Euro). Mit rund 57 % der Ausgaben war die gesetzliche Krankenversicherung der größte Ausgabenträger im Gesundheitswesen. Ihre Aufwendungen erreichten 135,9 Mill. Euro und lagen im Jahr 2005 um 3,3 % über denen des Vorjahres. Die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zahlten 32,4 Mill. Euro und damit 1,2 % mehr als im Jahr zuvor. Gut 9 % oder 22 Mill. Euro entfielen auf die private Krankenversicherung, deren Aufwendungen um 4,2 % und damit deutlich überdurchschnittlich gewachsen waren. Über die Hälfte der Gesundheitsausgaben entfiel auf Waren (das sind Arzneimittel inklusive Verbandsmittel, Hilfsmittel, Zahnersatz oder sonstiger medizinischer Bedarf) und ärztliche Leistungen. Für beide Leistungsarten wurden jeweils knapp 28 % der Gesamtausgaben aufgewendet. Während die Ausgaben für ärztliche Leistungen nur um 0,5 % im Vergleich zum Jahr 2004 gestiegen sind, wuchsen die Ausgaben für Waren um 5,4 %. Hauptverantwortlich dafür waren die Kosten für Arzneimittel, für die 10,2 % mehr aufgewendet wurden als im Jahr zuvor. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 170/2007*

**Richtlinie für Gesundheitsförderung in Sachsen.** „Prävention von chronischen Krankheiten und gesundheitsförderlicher Lebensstil haben in Sachsen eine besondere Bedeutung. Die Notwendigkeit einer umfassenden Prävention ergibt sich aus dem Wissen über das Krankheitsspektrum in der Bevölkerung und über ein verbreitetes gesundheitsschädigendes Verhalten. Die Anpassung des Gesundheitssystems an die veränderte Morbiditätsstruktur aufgrund der demographischen Entwicklung erfordert eine Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung bei allen Altersgruppen“, erklärte Gesundheitsministerin Helma Orosz in Dresden. Die Sächsische Staatsregierung hat dazu eine Richtlinie des Staatsministeriums für Soziales über die Förderung der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitshilfe verabschiedet. Fünf Förderprogramme ermöglichen die Bezuschussung von Projekten zur Gesundheitsförderung, zur Aids-Prävention, zur Organspendenaufklärung und zum Ausbau von Knochenmarkspenderdateien sowie von Maßnahmen der psychosozialen Tumornachsorge. Der Freistaat stellt dafür 2,83 Mio. Euro zur Verfügung. Zusätzlich können nach der Richtlinie Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung der sächsischen Gesundheitsziele gefördert werden. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 49/2007*

**TAPfer – Therapeutische Arbeit mit dem Pferd.** Die erste Evaluationsstudie zur Wirksamkeit von heilpädagogischem Voltigieren und Reiten bei Kindern mit autistischen Störungen bestätigt: Wahrnehmung, Motorik, Kontaktaufnahme und Sprachverhalten werden verbessert, Verhaltensauffälligkeiten nehmen ab. Von 2001 bis 2006 unternahm die Stiftung „Die Gute Hand“ eine prospektiv kontrollierte Studie, an der 30 autistische Kinder im Alter von drei bis neun Jahren teilnahmen. Alle Kinder erhielten eine entwicklungsfördernde Maßnahme, eine Hälfte darüber hinaus Therapeutisches Reiten. Die Ergebnisse zeigen, dass letztere Entwicklungsrückstände in größerem Maße aufholen konnten, als die Kinder in der Kontrollgruppe ohne tiergestützte Therapiemaßnahme. *Quelle: Mensch & Tier 1/2007*

## ► Jugend und Familie

**Projekt „Rote Karte für Kinderunfälle“.** Die Egidius-Braun-Stiftung des Deutschen Fußballbundes ermöglicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Mehr Sicherheit für Kinder“ mit einer Spende von 2 000 Euro den Beginn des Projekts „Rote Karte für Kinderunfälle“. Die Stiftung setzt sich unter dem Motto „Fußball ist mehr als ein 1:0“ für soziale Integration und gesellschaftliche Potenziale des Fußballs ein. Auf regionaler Ebene im Raum Köln/Bonn wird für Fußballübungsleiter und -trainer eine Weiterbildung in Kooperation mit der Sportschule Hennef, unter dem Motto „Rote Karte für Kinderunfälle“, angeboten. Die Übungsleiter werden über die Thematik „Kinderunfälle“ informiert und gezielt zu den Chancen der Unfallprävention im Fußball geschult. Sie werden motiviert, lokale Projekte zu initiieren, um so auch einen Zugang zu Eltern ausländischer Kinder zu finden, denn ausländische Jungen sind doppelt so häufig in Unfälle verwickelt wie ihre deutschen Altersgenossen. In Deutschland gibt es mehr als 650 Maßnahmen zur Verhütung von Kinderunfällen. Kaum eine davon erreicht jedoch direkt die Risikogruppe der Migrantenkinder. Dass Fußball auch ein Mittel sein kann, um Kinder sicher und kompetent im Umgang mit Unfallrisiken zu machen, will die BAG nun mit diesem Projekt beweisen. *Quelle: Pressemitteilung der BAG „Mehr Sicherheit für Kinder e.V.“ vom April 2007*

**European Master in Children's Rights.** Zum Wintersemester 2007 führt die Freie Universität Berlin den Weiterbildungsstudiengang „European Master in Children's

Rights“ ein. Das einjährige Programm, das zum größten Teil in Wochenendseminaren stattfindet, richtet sich vor allem an Berufstätige, die schon praktische Erfahrungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, in Schulen, Medien, Justiz, Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Entwicklungszusammenarbeit gesammelt haben und sich weiterbilden möchten. Die Studierenden werden die Möglichkeit haben, im Rahmen des Programms ein zweimonatiges Praktikum zu absolvieren. Sie können einzelne Module an einer der Partneruniversitäten in London, Stockholm, Amsterdam, Madrid oder in Rumänien belegen. Bewerbungen sind bis zum 30. Juni 2007 (für EU-Bürgerinnen und -Bürger) beziehungsweise bis zum 31. Mai 2007 (für Nicht-EU-Bürger) möglich. Weitere Informationen unter [www.enmcr.net](http://www.enmcr.net)

**Handbuch Qualitätsmanagement der Berliner Jugendfreizeitstätten.** Hrsg. Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Veröffentlicht im Internet. Berlin 2007, 157 S., keine Kosten \*DZI-D-7918\*

In dem Handbuch wird die Qualität des Arbeitsfeldes der Kinder- und Jugendfreizeitstätten transparent und nachvollziehbar beschrieben und damit stellt es eine Grundlage zur fortlaufenden Qualitätsentwicklung dar. Es enthält die Arbeitsschwerpunkte offener Bereich, Partizipation, Medienbildung, sportorientierte Jugendarbeit, kulturelle Kinder- und Jugendarbeit und geschlechterbewusste Mädchen- und Jungenarbeit. Weiter sind Themen der fachlichen Weiterentwicklung und Arbeitsorganisation behandelt. Im Anhang gibt es Muster für Besucherbefragungen, Check-

# Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit dem Online-Factoring:

- Extrem günstige Konditionen
- Sichere und schnelle Vorfinanzierung
- Auszahlung innerhalb von zwei Arbeitstagen
- Das Finanzierungsvolumen wächst mit den Umsätzen
- Keine zusätzlichen Sicherheiten notwendig
- Vorteilhafter Einkauf (Skonto)
- Umgehung der Auswirkungen von Basel II

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

## Die Bank für Wesentliches.

[www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)



**Bank**  
für Sozialwirtschaft



listen für Veranstaltungen und Aussagen zu Ausstattungsstandards von Jugendfreizeitstätten. Alle Kernaktivitäten (Schlüsselprozesse) sind mit Zielen, Qualitätskriterien und Indikatoren unterlegt und dienen der Selbstevaluation von Angeboten der offenen Jugendarbeit. Das Handbuch wurde in einem dialogischen Prozess von allen Berliner Jugendämtern, vielen freien Trägern und ungefähr 50 Jugendfreizeiteinrichtungen erarbeitet. Internetadresse: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-jugend/bildung\\_in\\_der\\_freizeit/qm\\_handbuch.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-jugend/bildung_in_der_freizeit/qm_handbuch.pdf)

**Chancen für Schulmüde.** Reader zur Abschlusstagung des Netzwerks Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung am Deutschen Jugendinstitut e.V. Hrsg. Elke Schreiber. Eigenverlag Deutsches Jugendinstitut e.V. München 2006, 206 S., EUR 1,45 Versandkosten \*DZI-D-7863\* In diesem Band sind Beiträge zu den Themen Schulmüdigkeit und Schulverweigerung vereinigt. Die Autorinnen und Autoren gehen den Fragen nach, welche Strategien es an Schulen und in Projekten der Jugendhilfe gibt, die Jugendliche zum Schulabschluss führen oder junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen, die die Bedingungen in und außerhalb der Schule verbessern und die migrationspezifischen Lebensumstände von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Bestellanschrift: Deutsches Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle, Franckeplatz 1, Haus 12/13, 06110 Halle, Tel.: 03 45/681 78-0, Fax: 03 45/681 78-47

## ► Ausbildung und Beruf

**Praxisnahes Studium in Berlin.** Die AOK Berlin hat eine Kooperationsvereinbarung mit der Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik geschlossen. Ziel ist es, die Ausbildung der Studierenden zukünftig noch praxisnäher zu gestalten und so die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Berlin zu verbessern. Hierfür sollen die Studierenden in Studienprojekten, Praktika sowie Bachelor- und Masterarbeiten aktuelle gesundheits- und pflegebezogene Themen bearbeiten. Diese Kooperationsvereinbarung bietet die Chance, gemeinsam Lösungen für aktuelle Probleme im Gesundheitswesen zu finden, indem Praxis und Theorie in einen wechselseitigen Austausch treten. So sind zum Beispiel gemeinsame Projekte vorgesehen, in denen Studierende Evaluationskonzepte entwickeln und diese in der Praxis erproben können.

*Quelle: praxis aktuelle der AOK Berlin 1/2007*

**Erste Bachelor-Absolvierende im Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule Potsdam.** Ende März beendeten in Potsdam die ersten Absolventinnen und Absolventen einen berufsbegleitenden Bachelorstudiengang im Bereich der Sozialen Arbeit. Elf Studierende, die im sozialen Bereich berufstätig sind, haben mit dem Abschluss den Titel „Bachelor of Arts“ erworben, der dem bisherigen Diplomabschluss an Fachhochschulen in jeder Hinsicht gleichgestellt ist. Die Absolvierenden haben in einem vierjährigen Studium neben Beruf und Familie ein dreijähriges Vollzeitstudium bewältigt. Neben dem individuellen Studium über E-Learning bot die Gruppe ein Forum, sich über Fragen und Probleme des beruflichen Alltags auszutauschen und, auch durch die Erkenntnisse des Studiums, gemeinsam Lösungen zu suchen und zu finden. Für die Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen, die jetzt oder

später weiter studieren möchten, bietet die Fachhochschule Potsdam seit dem letzten Jahr den berufsbegleitenden Masterstudiengang „Soziale Arbeit, Schwerpunkt Familie“ an. *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Potsdam vom April 2007*

## **Lebensarbeitszeit der Beamten einheitlich gestalten.**

Nach der nunmehr beschlossenen Rente mit 67 Jahren fordert der Beamtenbund und Tarifunion (dbb) eine bundesweit einheitliche Regelung für die Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten. Es kann nicht sein, dass die Beamten in einem Bundesland bis 65 Jahre arbeiten müssen und in dem angrenzenden Bundesland bis 68 Jahre. Deshalb verlangt der dbb, dass die Frage des Pensionsbeginns nicht in die Zuständigkeit der Länder fällt. Auch wenn im Zuge der Föderalismusreform die Zuständigkeit für das Beamtenrecht weitgehend an die Bundesländer übergegangen ist, bleibt der grundsätzliche Status der Beamten Sache des Bundes. Die Lebensarbeitszeit ist eine Grundsatzfrage, die somit weiterhin in die Kompetenz des Bundes fällt. Die Beamtinnen und Beamten müssten allerdings wie alle anderen auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit akzeptieren. *Quelle: dbb magazin 4/2007*

**Ausbildung lohnt sich.** Mit seinem neuen „Impulspapier zur Ausbildung“ will der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP) nicht nur für die Ausbildung in der Altenpflege werben, sondern sich auch intensiv mit der Frage auseinandersetzen, warum Investitionen in die Ausbildung sinnvoll sind. Die Publikation richtet sich an Ausbildungsbetriebe und will Motivationsanreize schaffen. Konkret wird das Papier auch mit seiner Forderung an die Gesetzgebung, hier sollen einheitliche Finanzierungsgrundlagen geschaffen werden. Das Papier ist über die DEVAP-Geschäftsstelle Berlin, Altensteinstraße 51, 14195 Berlin, Tel.: 030/830 01-277 zu beziehen.

**Jüdische Sozialarbeit.** Ende November 2006 unterzeichneten die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und das Zentrum für Weiterbildung der Fachhochschule Erfurt einen Kooperationsvertrag über eine gemeinsame Weiterbildungsmöglichkeit für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in jüdischer Sozialarbeit. Der Kooperationsvertrag konnte dank einer großzügigen finanziellen Unterstützung der Dorothea-Gould-Stiftung aus Kanada abgeschlossen werden. Der erste Kurs – erstmalig in Europa – startete mit 24 Teilnehmenden im April 2007 an der Fachhochschule in Erfurt. *Quelle: Pressemitteilung der Fachhochschule Erfurt vom April 2007*

**Masterstudiengang „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“.** Im Januar 2008 beginnt an der Ruhr-Universität Bochum der dritte Durchgang des weiterbildenden Masterstudiengangs „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“ (M.A.), der ab sofort in Form des Blended Learning angeboten wird und daher auch gut berufsbegleitend absolviert werden kann. Er richtet sich an Bewerberinnen und Bewerber mit abgeschlossenem Universitätsstudium (zum Beispiel in Rechts- oder Sozialwissenschaften und Psychologie) und an Personen aus Polizei und Sozialarbeit sowie anderen Berufsfeldern, die sich mit abweichendem Verhalten beschäftigen und mindestens einen Hochschulabschluss haben. Alle Bewerbenden müssen zudem über

mindestens ein Jahr praktischer Berufserfahrung verfügen. Das Studium besteht aus neun Modulen, in denen spezifisches kriminologisches und polizeiwissenschaftliches Fachwissen in Verbindung mit entsprechendem Basiswissen vermittelt wird. Zudem werden berufsfeldspezifische Schlüsselqualifikationen vermittelt und methodisch Elemente des Präsenz- und Fernstudiums kombiniert. Informationen: [www.rub.de/kriminologie/master.html](http://www.rub.de/kriminologie/master.html)

### Hochschulstudium „Betreuung und Vormundschaft“.

Die in Deutschland zirka 9 000 tätigen Berufsbetreuerinnen und -betreuer kommen aus vielen unterschiedlichen Berufen. Bundesweit gibt es derzeit noch keine einheitliche, anerkannte Ausbildung für diese Tätigkeit. Dabei werden für zur Bewältigung des umfangreichen Aufgabengebietes vielfältige Grundqualifikationen benötigt. Diese werden seit letztem Jahr in einem Studiengang vermittelt. Der erste Durchgang des Studiums „Betreuung und Vormundschaft“ an der staatlich anerkannten Steinbeis-Hochschule Berlin startete im Dezember 2006 mit 31 Studierenden. Für den Studiengang konnten über zwanzig Lehrkräfte aus Wissenschaft und Praxis gewonnen werden. Zudem wurde ein wissenschaftlicher Beirat zur Sicherung der Qualität in der Lehre eingerichtet. Mit dem Studienangebot leistet die Steinbeis-Hochschule Berlin einen wichtigen Beitrag zur Professionalisierung der Betreuungsarbeit und trägt dazu bei, die rechtliche Betreuung als Beruf zu etablieren. Der nächste Studiengang beginnt im Herbst 2007. Informationen: Steinbeis-Hochschule Berlin, Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht, Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Internet: [www.aev.de](http://www.aev.de)

**Arbeit von Klinik-Clowns.** Zu Risiken und Nebenwirkungen befragen Sie Ihren Klinik-Clown! Nie gehört? Nun, diese Medizin von Ute Becker und Michael Westermeier kommt ohne Beipackzettel aus. Als „Luzi und Konrad“ versorgen sie Kliniken und Altenheime mit etwas, das im Pflegealltag aus verschiedenen Gründen leider oft zu kurz kommt: mit Humor. Die Theater- und Diplompädagogin Ute Becker gibt in weiterführenden Kursen Pflegekräften die Gelegenheit, die Freude am Spiel zu entdecken und die Aufmerksamkeit für einfache humorvolle Impulse im beruflichen Alltag zu schärfen. Eine Weiterbildung bietet sie im September 2007 am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster an. Informationen unter [www.authentic-theater.de](http://www.authentic-theater.de)

**16.-17.6.2007 Frankfurt am Main.** Fortbildungstage: Personenzentriert: Lösungshilfen für Person und System. Information: Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie, GwG-Akademie, Tel.: 02 21/92 59 08-50, Fax: 02 21/92 59 08-19, E-Mail: [akademi@gwg-ev.org](mailto:akademi@gwg-ev.org)

**18.-19.6.2007 Wiesbaden.** 12. Deutscher Präventionstag: Starke Jugend – Starke Zukunft. Information: Deutscher Präventionstag, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, Fax: 05 11/235 49 50  
E-Mail: [DPT@praeventionstag.de](mailto:DPT@praeventionstag.de)

**20.-22.6.2007 Berlin.** Deutscher Pflegekongress 2007: Hauptstadt kongress Medizin und Gesundheit. Information: Kongressbüro Hauptstadt kongress Medizin und Gesundheit, Palisadenstraße 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/49 85 50 31, Fax: 030/49 85 50 30, E-Mail: [info@hauptstadtkongress.de](mailto:info@hauptstadtkongress.de)

**21.6.2007 Berlin.** Veranstaltung: Vereinbarungen vereinbaren. Erfahrungen aus der Jugendhilfepraxis, wie ein erfolgreicher Aushandlungsprozess gelingen kann. Information: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., AG Fachtagungen Jugendhilfe, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax: 030/39 00 11 46  
E-Mail: [agjf@vfk.de](mailto:agjf@vfk.de)

**25.-29.6.2007 Falkenstein/Opf.** Sommerakademie für Führungskräfte: Achtsamkeit als Führungsprinzip. Information: Geschäftsstelle des Katholischen Berufsverband für Pflegeberufe e.V., Adolf-Schmetzer-Straße 2-4, 93055 Regensburg, Tel.: 09 41/60 48 77-0, Fax: 09 41/60 48 77-9  
E-Mail: [info@kathpflegeverband.de](mailto:info@kathpflegeverband.de)

**28.6.2007 Bonn-Bad Godesberg.** Seminar: Stiftungsmanagement – die Grundlagen. Information: Deutsche Stiftungs-Akademie gGmbH, Barkhovenallee, 45239 Essen, Fax: 02 01/840 12 55, E-Mail: [akademie@stifterverband.de](mailto:akademie@stifterverband.de)

**5.-7.7.2007 München.** 8. Interdisziplinärer Kongress für Suchtmedizin. Information: mic – management information center GmbH, 86895 Landsberg, Tel.: 081 91/125-479, Fax: 081 91/125-600, E-Mail: [info@m-i-c.de](mailto:info@m-i-c.de)

**15.-18.9.2007 Freiburg im Breisgau.** 27. Deutscher Jugendgerichtstag: Fördern – Fordern – Fallenlassen. Aktuelle Entwicklungen im Umgang mit Jugenddelinquenz. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60  
E-Mail: [info@dvgj.de](mailto:info@dvgj.de)